

# Breitbandversorgung ist Zukunftsthema

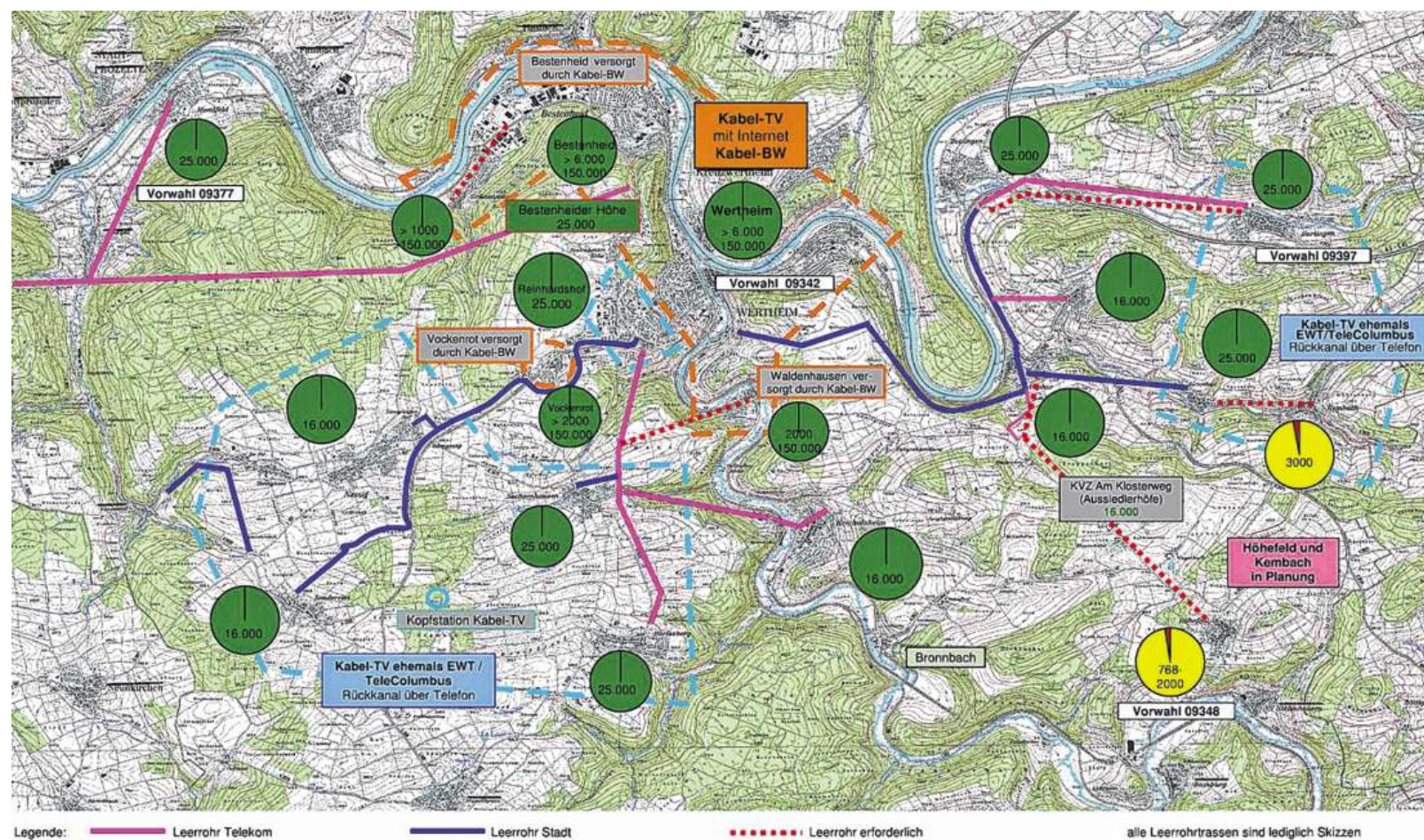
**WERTHEIM.** Es ist noch nicht allzu lange her, da sprach davon kaum jemand. Heute gehört sie zu den bedeutendsten Kriterien für eine Standortentscheidung und ist damit, wie Oberbürgermeister Stefan Mikulicz einleitend unterstrich, ein wichtiges Zukunftsthema. Der zuständige Dezernatsleiter Helmut Wießner informierte den Gemeinderat in der Sitzung am Montag über den aktuellen Stand in Sachen Breitbandversorgung in Wertheim. Der status quo dabei: „Heute kann jeder Haushalt und jeder Gewerbetreibende in Wertheim einen Internetanschluss erhalten. Lediglich in Höhefeld und in Kembach unbefriedigend. Somit ist Wertheim in der Fläche zu 96,4 Prozent befriedigend bis sehr gut mit Breitbanddiensten versorgt.“

## Hohe Kosten

Wießner betonte mehrfach, dass die Handlungsmöglichkeiten der Kommune zum einen durch hohe Kosten, vor allem aber durch die europäische Bürokratie eingeschränkt sind. „Der Markt, beziehungsweise der Wettbewerb soll die Versorgung sicherstellen. Niemand sonst. Dieser Grundsatz ist da und wird hochgehalten.“

Der Dezernatsleiter zeigte aber auch ein gewisses Verständnis dafür, dass die Marktanbieter an Gebiete wie die Stadt Wertheim, mit einer Gemarkungsfläche von 138 Quadratkilometern, 21 Ortschaften und Stadtteilen und lediglich rund 23 000 Einwohner, nur zögerlich herangehen. Es seien hier sehr große Distanzen zur Versorgung relativ weniger Kunden zu überbrücken, was sich negativ auf die Wirtschaftlichkeit auswirke.

Wießner ließ in seinem Vortrag die historische Entwicklung, sowohl der Technik, als auch der jeweils anzuwendenden Verfahrensvorschriften, Revue passieren und ging auch auf die bislang von der Stadt getätigten Investitionen ein. Diese bezifferte er auf derzeit rund 870 000 Euro netto. Wie schon vor geraumer Zeit in einer Sitzung des Höhefelder Ortschaftsrates schilderte er anschlie-



Über die Breitbandversorgung der Stadt Wertheim und seiner Ortschaften wurde am Montag im Gemeinderat informiert.

BILD: STADTVERWALTUNG

ßend die für die Versorgung des Dorfes und von Kembach in Angriff genommenen Maßnahmen, für die Kosten von etwa 680 000 Euro anfallen, wovon nach Abzug eines Zuschusses rund 447 000 Euro an der Stadt „hängenbleiben“.

Schon in der vorangegangenen Bürgerfragestunde (siehe weiteren Artikel) hatte Gerhard Klinger die unbefriedigende Situation in Höhefeld angesprochen. In der Ortschaft gebe es zehn bis 15 Familien beziehungsweise Unternehmen, die von schnellem Internet abhängig seien. Er erinnerte daran, dass die Deutsche Telekom eigentlich zugesagt habe, bis zum Winter LTE-Technik zur Verfügung zu stellen. Nun sei dies auf August verschoben worden. Man liege dem Unternehmen ständig in den Ohren und erinnere es an

seine Zusagen, versicherte Wießner. Inzwischen sitze die Planungsabteilung der Telekom aber in Kaiserslautern, „das heißt, die Wege werden länger und komplizierter“.

In seinem Ausblick kündigte der Dezernatsleiter an, dass die Stadt sich am geplanten Backbone-Netz des Main-Tauber-Kreises beteiligen werde. Er prognostizierte weiter steigende Anforderungen an die Geschwindigkeit und eine weitere Differenzierung der Anbieter.

## Weitere Förderung

„Wir werden nicht umhin kommen, die Breitbandversorgung auch künftig zu fördern“, machte der Redner klar. Nur vage war seine Hoffnung, dass es eines Tages weniger bürokratische Vorgaben geben könnte. „Das würde helfen.“ Oberbürgermeister

Mikulicz betonte, „die Verwaltung tut alles, was sie tun kann“. Wie der OB hob auch Sebastian Sturm (CDU) die Bedeutung des Themas hervor. „Unbedingt richtig und notwendig“, nannte SPD-Fraktionsvorsitzender Patrick Schönig die kommunalen Maßnahmen.

Die Versorgung mit schnellem Internet müsse genauso selbstverständlich sein wie die mit Wasser und Strom, so Birgit Väh, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. Sie fragte, ob die Stadt die von ihr geschaffene Infrastruktur nicht vermieten und damit Einnahmen erzielen könnte.

Da sah Helmut Wießner aber keine Chance. „Wir rechnen nicht damit, dass uns die Anbieter das Haus einrennen. Wir werden für die Nutzung noch bezahlen müssen“,

machte er deutlich. „Genervt ohne Ende“ zeigte sich Hubert Sadowski, Fraktionsvorsitzender der Freien Bürger, von dem Thema. „Wie können wir weiterkommen? Wir werden allein gelassen“, kritisierte er. Dass man sich im Kreis drehe, wie von Sadowski angemerkt, wollte Mikulicz so nicht stehen lassen. „Wir wären aber gerne schon weiter.“

Einen anderen städtischen Betreiber, der möglicherweise weniger Beschränkungen unterliegen könnte, brachte Manfred Busch (FBW) ins Gespräch. „Auch für die Stadtwerke gilt das EU-Recht“, so Dezernatsleiter Wießner dazu. Auf eine entsprechende Nachfrage von Erika Knittel (SPD) sagte er, man habe auch die Möglichkeit geprüft, Leerrohre von Gamburg aus zu verlegen. „Das käme deutlich teurer.“ *ek*